

Wohnverhältnisse von Migranten in Arnsberg

Kommunale Maßnahmen und Politiken

Doris Lüken-Klaßen

Bericht im Rahmen des CLIP-Projektes (Cities for Local Integration Policies)

Bamberg, Mai 2007

europäisches forum für migrationsstudien (efms)

Institut an der Universität Bamberg

Katharinenstraße 1

D-96052 Bamberg

Telefon +49-951-932020-0

Fax +49-951-932020-20

efms@sowi.uni-bamberg.de

<http://www.efms.de>



Inhalt

Vorwort	4
1 Hintergrundinformationen über Deutschland	5
1.1 Migrationsgeschichte und Zusammensetzung der Migrantenbevölkerung	5
1.2 Nationale Integrationspolitik	8
2 Arnsberg – Hintergrundinformationen und kommunale Integrationspolitik	10
2.1 Strukturelle Daten	10
2.2 Migrationsgeschichte und Zusammensetzung der Migrantenbevölkerung	11
2.3 Kommunale Integrationspolitik	13
2.4 Kooperationen mit anderen Städten	15
3 Kommunale Wohnsituation	15
3.1 Der Arnsberger Wohnungsmarkt	15
3.2 Die Wohnsituation von Arnsbergern mit Migrationshintergrund	18
3.3 Räumliche Konzentration von Arnsbergern mit Migrationshintergrund	19
3.4 Zugang zum Wohnungsmarkt für Arnsberger mit Migrationshintergrund	21
4 Institutioneller Hintergrund und relevante Akteure	22
5 Diskurse, Konzepte und Politiken zum Wohnungswesen	23
5.1 Visionen, Konzepte und Politik der Verwaltung und des Kommunalrats	23
5.2 Öffentlicher Diskurs	24
6 „Wohnen und Integration“ – Maßnahmen und Projekte	25
6.1 Interventionen zur Verbesserung des Zugangs zu Wohnraum für Migranten ..	25
6.2 Kommunale Politik zum Thema räumliche Segregation	27
6.2.1 Politik zur Verringerung räumlicher Segregation	27
6.2.2 Politik zum Umgang mit räumlicher Segregation	30
7 Stärken und Schwächen: Lernen für CLIP	32
8 Quellen	34
8.1 Bibliographie	34
8.2 Webseiten	35
8.3 Interviews	35



Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ausländer nach Nationalitäten 2006.....	6
Abbildung 2: Migrationshintergrund der Bevölkerung 2005	6
Abbildung 3: Migrationserfahrung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2005 ..	7
Abbildung 4: Alterspyramide 2005 nach dem Migrationshintergrund.....	8
Abbildung 5: Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung in Arnsberg 2006 ..	12
Abbildung 6: Arnsberg.....	16
Abbildung 7: Arnsberg-Moosfelde.....	20



Vorwort

Europäische Städte locken Zuwanderer aus aller Welt an. Diese Städte verfügen über reiche Erfahrungen mit der Integration heterogener Bevölkerungsgruppen in die kommunale Gemeinschaft. Gleichzeitig sind Städte und Gemeinden aber auch diejenigen, die den Preis für fehlgeschlagene Integrationsprozesse zu zahlen haben – und das, obwohl sie die Zuwanderungsströme nicht selbst regulieren können und in Zuwanderungsfragen vom nationalen Recht abhängig sind. Städte sind deshalb nachdrücklich an erfolgreichen kommunalen Integrationspraktiken interessiert.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats und die Stadt Arnsberg haben daher im Frühjahr 2006 ein europäisches Städtenetzwerk für kommunale Integrationspolitik geschaffen: **Cities for Local Integration Policies** (CLIP). Das CLIP-Projekt organisiert den strukturierten Erfahrungsaustausch zwischen kommunalen Behörden und unterstützt die Städte somit im gemeinsamen Lernprozess. Dank der innovativen Konzepte für kommunale Integrationspolitik wird das Netzwerk zudem europaweit einen nützlichen Beitrag zu aktuellen politischen Debatten leisten und eine wirksamere Integrationspolitik für Migranten fördern.

Unterstützt wird das Netzwerk von Wissenschaftlern aus fünf renommierten Forschungsinstituten.¹ Die Verantwortung für die Stadt Stuttgart liegt beim *europäischen forum für migrationsstudien* (efms) in Bamberg. Gemeinsam mit der städtischen Kontaktperson Esther von Kuczkowski wurden relevante Informationen und Statistiken zusammengetragen und zahlreiche Interviews organisiert. Ich danke allen beteiligten Experten der Stadt Stuttgart, die zu dem Gelingen dieser Studie beigetragen haben!

Das Copyright liegt bei der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.²

Doris Lüken-Klaßen

Bamberg, 21. Mai 2007

¹ Die Institute sind das *europäische forum für migrationsstudien* (efms) an der Universität Bamberg, das Centre on Migration Policy in Society (COMPAS) an der Universität Oxford, das Institute for Migration and Ethnic Studies (IMES) and der Universität Amsterdam, das Institut für Stadt- und Regionalforschung (ISR) an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und das Centre d'Etudes de l'Ethnicité et des Migrations (CEDEM) an der Universität Liège. Alle fünf Institute gehören dem europäischen Exzellenznetzwerk International Migration, Integration and Social Cohesion (IMISCOE) an.

² © European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2007, Wyattville Road, Loughlinstown, Dublin 18, Ireland.



1 Hintergrundinformationen über Deutschland

1.1 Migrationsgeschichte und Zusammensetzung der Migrantenbevölkerung

In Deutschland finden seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges enorme Migrationsprozesse statt. Zwischen 1945 und dem Anfang der 1950er Jahre kamen circa 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten Europas nach Deutschland. Zudem zogen bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 3,8 Millionen Menschen von Ost- nach Westdeutschland. Waren die Wanderungsprozesse bis Anfang der 1950er Jahre auf den Krieg und seine Nachwirkungen zurückzuführen; so war die Immigration von den späten 1950er bis Anfang der 1970er Jahre hauptsächlich das Ergebnis von Arbeitsmarktprozessen. Das Zusammenspiel von hohem Wirtschaftswachstum und konjunkturell bedingtem Arbeitskräftemangel führte zu einer kontinuierlich steigenden Anwerbung ausländischer „Gastarbeiter“, so dass die Zahl der Ausländer in Deutschland in den 1970er Jahren auf vier Millionen anwuchs. Seit dem Anwerbestopp 1973 ist die Familienzusammenführung eine der bedeutendsten Zuwanderungsformen nach Deutschland, weswegen die Staatsangehörigen der früheren Entsendeländer auch heute noch den größten Anteil an der ausländischen Bevölkerung Deutschlands bilden.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs begann Ende der 1980er Jahre eine neue Phase der deutschen Migrationsgeschichte. Zwischen 1988 und 2004 wanderten 3 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler aus Ost- und Mitteleuropas nach Deutschland. Deren Zuzugszahlen nahmen in den letzten Jahren jedoch stetig ab.³

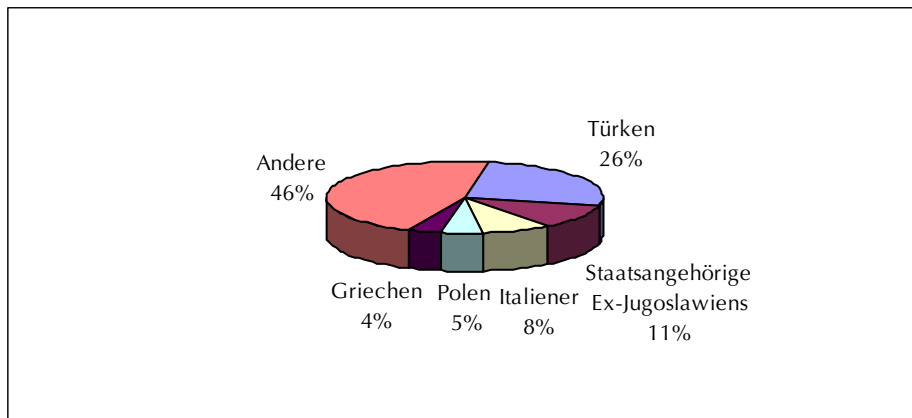
Eine weitere große Einwanderergruppe bilden die Flüchtlinge und Asylbewerber. In den 1990er Jahren stellten etwa 1,8 Millionen Personen einen Asylantrag; zudem gab es 2003 über eine Million Flüchtlinge in Deutschland.

2006 leben 6,8 Millionen Ausländer, also Personen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, in Deutschland. Von ihnen kommen 31% aus der EU, 47% aus anderen Regionen Europas und 12% aus Asien. Mit 1,74 Millionen (26%) bilden Türken die größte Gruppe ausländischer Nationalität, gefolgt von Staatsbürgern des ehemaligen Jugoslawien (11%), Italienern (8%), Polen (5%) und Griechen (4%).

³ Im Jahr 2005 immigrierten nur 35.500 Spätaussiedler im Vergleich zu etwa 59.000 Personen 2004.



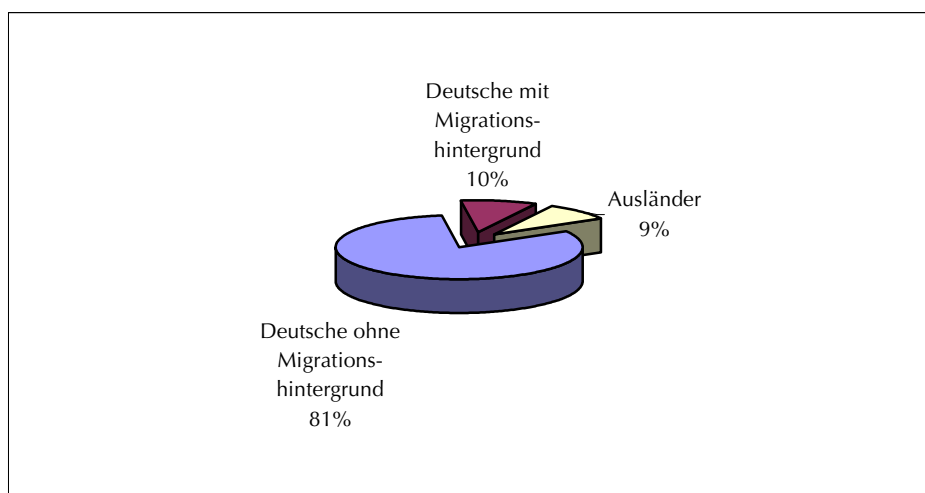
Abbildung 1: Ausländer nach Nationalitäten 2006



Quelle: Eigene Darstellung, Zahlen siehe <http://www.destatis.de>

Der Anteil von **Personen mit Migrationshintergrund** ist jedoch beträchtlich höher. Dieser Gruppe werden Ausländer, Eingebürgerte, sowie deutsche Staatsbürger, deren Migrationshintergrund sich vom Migrationsstatus ihrer Eltern unterscheidet, zugeordnet. Im Jahr 2005 bildeten Ausländer (9%) und Deutsche mit Migrationshintergrund (10%) einen Bevölkerungsanteil von 15,3 Millionen (19%) an der Gesamtbevölkerung (Statistisches Bundesamt 2006: 74; vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Migrationshintergrund der Bevölkerung 2005



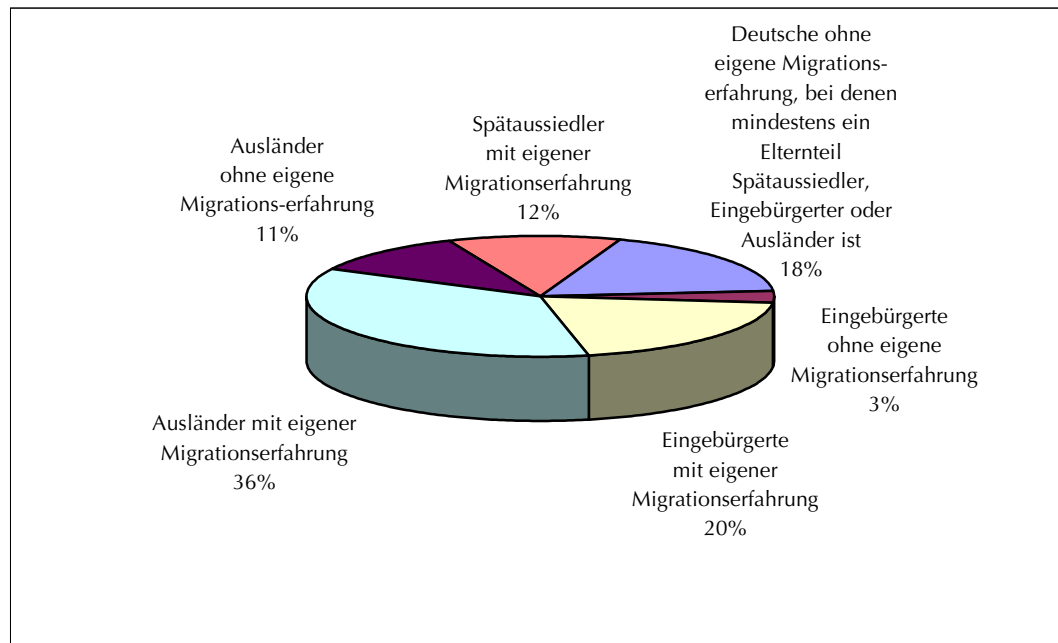
Quelle: Statistisches Bundesamt 2006: 75

Von diesen Personen mit Migrationshintergrund haben zwei Drittel eine *persönliche* Migrationserfahrung; ein Drittel ist dagegen bereits in Deutschland geboren und hat keine eigene Migrationserfahrung.

Abbildung 3 zeigt die 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund aufgliedert nach ihrer persönlichen Migrationserfahrung.



Abbildung 3: Migrationserfahrung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2005



Quelle: Statistisches Bundesamt 2006: 75

Die *zugewanderten Ausländer* stellen mit 5,6 Millionen oder 36 % die größte Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund, während die 1,7 Millionen in Deutschland geborenen Ausländer lediglich 11 % ausmachen. Das Verhältnis der Ausländer mit und ohne persönliche Migrationserfahrung ist also 3 zu 1.

Die zweitgrößte Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund bilden *Eingebürgerte* mit 3,5 Millionen oder 23 %. Auch hier überwiegen die 3 Millionen Eingebürgerten mit persönlicher Migrationserfahrung (20 %) die 0,5 Millionen Eingebürgerten ohne persönliche Migrationserfahrung (3 %) im Verhältnis 6 zu 1.

18 % aller Personen mit Migrationshintergrund (2,7 Millionen) sind *Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung*. Hierbei handelt es sich um 1,2 Millionen Kinder von Migranten sowie um 1,5 Millionen Kinder mit einseitigen Migrationshintergrund, bei denen nur ein Elternteil eingewandert ist.

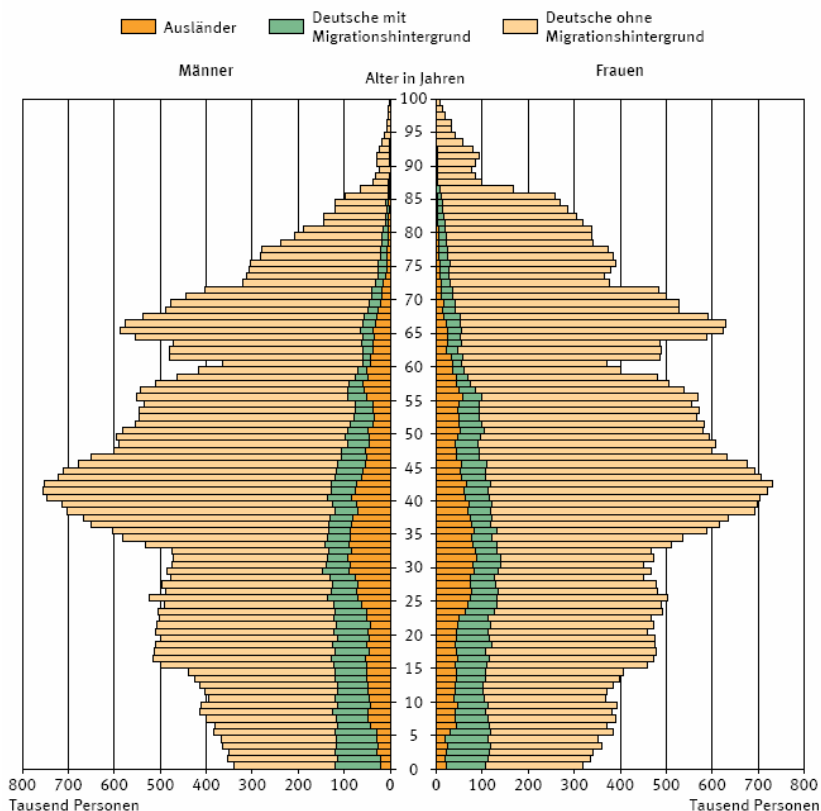
Schließlich werden 1,8 Millionen oder 12 % der Personen mit Migrationshintergrund von den offiziellen Statistiken als *Spätaussiedler* geführt. Hier muss jedoch beachtet werden, dass diese Zahlen auf dem Mikrozensus basieren, der nicht alle in Deutschland lebenden Spätaussiedler erfasst, sondern nur diejenigen, die nach dem 1. August 1999 nach Deutschland zugewandert sind und damit nicht eingebürgert wurden (Statistisches Bundesamt 2006: 76).

Die nachstehende Abbildung zeigt in Form einer Bevölkerungspyramide die Altersstruktur der Bevölkerung im Jahr 2005 – für Frauen und Männer getrennt dargestellt.



Die Altersstruktur der Ausländer ist im Inneren der Pyramide in orange abgetragen, die der Deutschen mit Migrationshintergrund daneben in grün. Die Altersstruktur der Deutschen ohne Migrationshintergrund ist außen in beige abgetragen. Für die Gesamtbevölkerung zeigt die Darstellung die typische Pilzform einer schrumpfenden Bevölkerung. Zwar sind Personen mit Migrationshintergrund bis in die höchsten Altersgruppen vertreten, jedoch nimmt ihr prozentualer Anteil an der jeweiligen Gesamtbevölkerung oberhalb des 40. Lebensjahres deutlich ab. Im Mittel ist dieser Teil der Bevölkerung jünger als jener ohne Migrationshintergrund.

Abbildung 4: Alterspyramide 2005 nach dem Migrationshintergrund



Quelle: Statistisches Bundesamt 2006: 77

Daten zum Migrationshintergrund werden in der amtlichen Bevölkerungsstatistik erst seit 2005 erhoben. Aus diesem Grund geben die meisten der folgenden Statistiken lediglich Auskunft über in Deutschland lebende Ausländer und nicht über die gesamte Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund.

1.2 Nationale Integrationspolitik

In Deutschland wird die nationale Integrationspolitik stark von der gesellschaftlichen Definition der Migrationssituation beeinflusst. Diese spiegelt das Verständnis, welches



politische und soziale Akteure von der ‚Natur‘ der gegenwärtigen Migrationsprozesse haben, wider. Während der gesamten Phase der Anwerbung von Arbeitsmigranten gab es in der Gesellschaft und in politischen Kreisen einen Konsens darüber, dass der Aufenthalt der ‚Gastarbeiter‘ nur temporär sein und deren Integration nur partiell erfolgen sollte. Bis zum Jahr 1998 lautete die offizielle Definition der Regierung: „Deutschland ist kein Einwanderungsland!“.⁴

Diese Verleugnung der Migrationssituation kann jedoch nicht mit dem Fehlen einer Integrationspolitik gleichgesetzt werden. 1978 wurde der Posten des *Beauftragten für die Förderung der Integration von Ausländischen Arbeitskräften und deren Familien* institutionalisiert, dessen Gründung zeigte, dass die Integration von Migranten offiziell anerkannt und als notwendig betrachtet wurde. Das Hauptmerkmal der deutschen Integrationsweise ist die Öffnung der Institutionen (Arbeitsmarkt, Selbständigkeit, Bildungs- und Ausbildungssystem, Wohnungsmarkt) für die Migranten sowie deren Einbezug in das allgemeine Wohlfahrts- und das sozialpolitische System. Im Vergleich zu dieser allgemeinen Integrationspolitik waren die zahlreichen spezifischen Maßnahmen der Integration von Migranten weniger relevant.

Die überwältigende Mehrheit der spezifischen Dienstleistungen für Migranten wird von Deutschlands sechs größten Wohlfahrtsorganisationen durchgeführt.⁵ Diese sind zwar private Vereinigungen, erhalten jedoch öffentliche Mittel der EU, des Bundes, der Länder, Landkreise und Kommunen. Ihre Arbeit ist für alle Dimensionen der Integration von Bedeutung und beinhaltet eine große Bandbreite an Dienstleistungen. Obwohl inzwischen das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* für die Konzeption und Umsetzung von Integrationsmaßnahmen verantwortlich ist, überlässt es deren operative Durchführung hauptsächlich den lokalen (Wohlfahrts-) Organisationen.

Die positiven Effekte der wohlfahrtstaatlichen Integration wurde lange durch die fehlende *rechtliche* Integration konterkariert: Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht war bis 1999 sehr restriktiv. Die Ursache hierfür liegt im deutschen Konzept der ethnischen Abstammungsgesellschaft, welches die Nation als eine Herkunftsgemeinschaft mit gemeinsamer Kultur und Geschichte definiert. Nach dieser Vorstellung wurde der Einbezug von Ausländern in die Nation als eine ‚Ausnahme von der Regel‘ betrachtet. Diese Ambivalenz in der deutschen Integrationspolitik – wohlfahrtsstaatliche Integration ohne Staatsbürgerschaft – behinderte die Identifizierung mit Deutschland und damit die so genannte identifikatorische Integration der Migranten. 2000 wurde ein

⁴ Die neu gewählte sozialdemokratisch-grüne Regierung hat offiziell anerkannt, „dass ein unumkehrbarer Einwanderungsprozess stattgefunden hat“.

⁵ Die katholische Caritas, die evangelische Diakonie, die jüdische ZWST, die Arbeiterorganisation AWO, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) und das Deutsche Rote Kreuz



neues Staatsangehörigkeitsrecht eingeführt. Nach dem so genannten *jus soli* Konzept können nun Kinder von Ausländern, die in Deutschland geboren werden, die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Hierdurch wurde gleichermaßen ein neues Prinzip der Zugehörigkeit zur Nation eingeführt: Nicht nur die Abstammung, sondern auch das Zusammenleben in einer Gesellschaft gilt seither als Maßstab der Inklusion. Das Nationalstaatsverständnis wandelt sich somit von einer ethnischen Abstammungsgesellschaft hin zu einer offeneren Einwanderungsgesellschaft.

Über die Jahre hinweg wurde in Deutschland ein facettenreiches und vielschichtiges System an Programmen und Projekten zur Förderung der Integration entwickelt. Das neue Zuwanderungsgesetz⁶ aus dem Jahr 2005 erkennt die Wichtigkeit einer umfassenden Integrationsstrategie an. Das Kernelement des neuen Gesetzes beinhaltet, dass den Migranten das Recht eingeräumt wird, an einem Integrationskurs teilzunehmen, der aus einem Sprach- und einem Orientierungskurs besteht und Migranten mit der deutschen Sprache, Geschichte, Kultur und dem Rechtssystem vertraut machen soll. Des Weiteren entwickelt das BAMF ein nationales Integrationsprogramm, das Informationen über bereits existierende Integrationsmaßnahmen sammelt und Empfehlungen für die zukünftige Entwicklung von Maßnahmen ausspricht. Der Fokus des Programms liegt auf fünf Kernbereichen: Sprache, Bildung, Integration in den Arbeitsmarkt, soziale Beratung und soziale Integration.

2 Arnsberg – Hintergrundinformationen und kommunale Integrationspolitik

2.1 Strukturelle Daten

Die nordrhein-westfälische Stadt Arnsberg ist ein Zusammenschluss von 15 ursprünglich unabhängigen Gemeinden. Die polyzentrische Siedlungsstruktur ist einerseits durch Verdichtung und Verstädterung entlang des Ruhrtals, andererseits durch die dörfliche Besiedlung der ländlichen Zonen geprägt. Das gesamte Stadtgebiet erstreckt sich über ca. 195 km², davon sind über 60% Waldfläche. Ende 2006 leben in Arnsberg 80.772 Menschen.

Die Stadt ist ein wichtiger Industriestandort der Region und für die Leuchtenindustrie bekannt. Die Wirtschaft ist überwiegend mittelständisch geprägt; Schwerpunkte liegen in der Holz-/ Papierindustrie, der metallverarbeitenden und der Leuchtenindustrie sowie der Elektrotechnik. Zudem ist Arnsberg seit dem 11. Jahrhundert Bezirkshaupt-

⁶ Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern



stadt; hat also eine lange Tradition als Dienstleistungszentrum für die Region.⁷ In der Stadt befinden sich die Bezirksregierung, staatliche Einrichtungen, die Industrie- und Handelskammer sowie zahlreiche Gerichte.

In den vergangenen zehn Jahren hat die Stadt einen starken wirtschaftlichen Strukturwandel meistern müssen: Rund 5.000 Arbeitsplätze wurden infolge der Globalisierung ins Ausland verlagert, vor allem im gering und niedrig qualifizierten Bereich. Parallel stieg die Anzahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor – diese konnten die rückläufigen Zahlen im verarbeitenden Gewerbe jedoch nicht kompensieren.⁸ Inzwischen sind etwas weniger als die Hälfte der Beschäftigten im Zweiten Sektor und etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten im Dritten, also im Dienstleistungssektor, tätig. Die Entwicklungsperspektive Arnsbergs wird von der Stadt jedoch insgesamt als stabil angesehen.

Die Erwerbstätigenquote beträgt 53%, drei Viertel der Beschäftigten haben sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Die Arbeitsplatzdichte in Arnsberg liegt bei 415 auf 1.000 Einwohner. Über das Pro-Kopf-Einkommen ist für die Stadt keine offizielle Angabe möglich; für den gesamten Landkreis beträgt es Ende 2002 18.282 Euro. Die Arbeitslosenquote der Arnsberger Bevölkerung beträgt 11%.

2.2 Migrationsgeschichte und Zusammensetzung der Migrantenbevölkerung

Wie in den meisten deutschen Städten begann die Zuwanderung nach Arnsberg in den 1960er Jahren mit der Anwerbung von Arbeitsmigranten, vornehmlich aus Italien, Portugal und der Türkei. Nach dem Anwerbestopp 1973 blieben die meisten der so genannten Gastarbeiter in der Stadt und begannen, ihre Familien zu sich nach Deutschland zu holen. In den 1990er Jahren wanderten vor allem Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie ethnisch deutsche Spätaussiedler aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion nach Arnsberg.

Im Jahr 2006 haben – nach Schätzungen des statistischen Amtes – zwischen 12% und 15% der Arnsberger Einwohner einen Migrationshintergrund.⁹ Etwa die Hälfte dieser Gruppe sind Spätaussiedler, die andere Hälfte sonstige Ausländer bzw. Eingebürgerte.

⁷ Zunächst für die Grafschaft Arnsberg, anschließend für das Herzogtum Westfalen und heute für 3,8 Mio. Einwohner im Regierungsbezirk Arnsberg, welcher das westfälische Ruhrgebiet mit Dortmund und Bochum sowie die Region Südwestfalen umfasst.

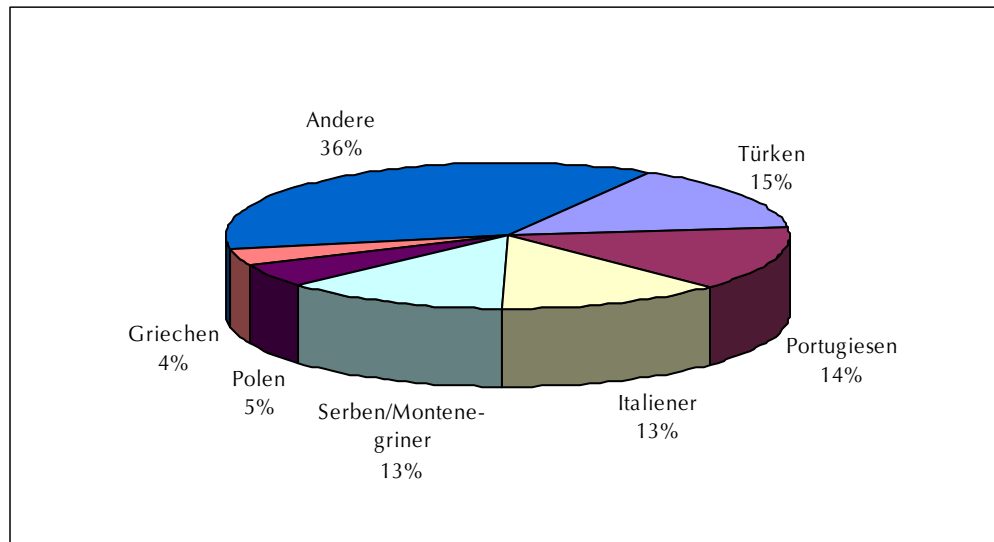
⁸ produzierendes Gewerbe: -2.500 Beschäftigte, Handel: -500 Beschäftigte, zudem Verluste in Bauindustrie und Auflösung zweier Garnisonskasernen; dagegen +600 in den sonstigen Dienstleistungen

⁹ Zwischen 10.000 und 11.000 Personen



Die Anzahl der Arnsberger ohne deutschen Pass liegt 2006 bei über 5.000 Personen, also 6,7% der Bevölkerung Arnsbergs. Die stärkste Gruppe unter ihnen stellen Türken mit etwa 15%, gefolgt von Portugiesen mit knapp 14%, Italienern und Serben/ Montenegrinern mit je etwa 13%, Polen mit 5% und Griechen mit knapp 4%. Insgesamt leben über 100 Nationalitäten in Arnsberg.

Abbildung 5: Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung in Arnsberg 2006



Quelle: Daten des Statistischen Amtes der Stadt Arnsberg

Die ausländische Bevölkerung ist im Vergleich zur Deutschen recht jung: Der Anteil der Minderjährigen ist in beiden Gruppen zwar sehr ähnlich (20% bzw. 18%), der Anteil der Erwachsenen zwischen 18 und 39 Jahren liegt mit ca. 41% unter den Ausländern jedoch deutlich höher als der Anteil dieser Altersgruppe der deutschen Bevölkerung (26%). Im Gegenzug sind lediglich 6% der Nichtdeutschen 65 und älter, während diese Altersgruppe unter den Deutschen mit 21% vertreten ist.

Die Geschlechterverteilung ist relativ ausgeglichen, wenn auch etwas mehr nicht-deutsche Männer als Frauen in Arnsberg leben. Auffällig sind jedoch die Geschlechterproportionen der älteren Bevölkerung: Die Altersgruppe der über 65jährigen besteht bei den deutschen Arnsbergern zu 59% aus Frauen, wohingegen diese bei der nichtdeutschen Gruppe lediglich 43% ausmachen.

Die Bildungsabschlüsse der ausländischen Schüler sind durchschnittlich niedriger als die der deutschen Schüler. So erreichten nur 7% der ausländischen Schüler die Hochschulreife, verglichen mit einem Durchschnittswert von 30% für die Gesamtheit aller Schüler. Dagegen schließen sie mit einem Anteil von 30% etwa doppelt so häufig mit einem Hauptschulabschluss ab wie der Durchschnitt aller Schüler. Auffällig ist zudem, dass mehr als ein Drittel der Sonderschüler nicht deutscher Staatsangehörigkeit ist und



dass 20% der ausländischen Schüler ohne jeglichen Schulabschluss bleiben.¹⁰ Im Gegensatz hierzu liegt dieser Wert für deutsche Schüler bei etwa 6%. Die ausländische Bevölkerung Arnsbergs ist – verglichen mit der Gesamtbevölkerung der Stadt – häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen: Die Arbeitslosenquote der Arnsberger Bevölkerung insgesamt liegt bei 11%, die der ausländischen Bewohner bei bis zu 29%.

2.3 Kommunale Integrationspolitik

Die Wurzeln der heutigen Integrationsarbeit der Stadt Arnsberg liegen in den frühen 1960ern: 1961 begann eine Arnsbergerin in privater Initiative, den Gastarbeitern bei der Eingewöhnung und Orientierung in der neuen Heimat Hilfestellung zu leisten. Gemeinsam mit anderen engagierten Bürgern gründete sie 1969 den *Internationalen Arbeitskreis Arnsberg*. Im selben Jahr wurde das erste Begegnungsfest zwischen ausländischen Mitbürgern und der einheimischen Bevölkerung, der *DIES Internationalis*, gefeiert, welches inzwischen jährlich stattfindet und zu einem bedeutenden Fest der Region geworden ist. In den Folgejahren wurden die Integrationsbemühungen quantitativ und qualitativ ausgebaut. Schwerpunkte stellten die drei Bereiche Förderung von Vorschulkindern, Vermittlung von Sprachkompetenz und Hausaufgabenbetreuung dar. Der *Internationale Arbeitskreis* besteht heute aus 50 Mitgliedern und weiteren engagierten Helfern und ist der größte Arnsberger Anbieter im Bereich der Sprachfördermaßnahmen und Silentien.

Seit 1975 haben sich in Arnsberg zudem zehn ausländische Kulturvereine gegründet, deren wesentliche Ziele die Pflege der eigenen Kultur sowie der Dialog mit der einheimischen Bevölkerung darstellen. Seitens der Kommune werden die Kulturvereine durch Bereitstellung von Gemeinschafts- und Vereinsräumlichkeiten unterstützt. Der Kontakt zwischen den ausländischen Vereinen und der Stadtverwaltung ist ausgesprochen rege. Gerade bei interkulturellen Kommunikationsschwierigkeiten oder Konflikten wird dieser enge Kontakt genutzt, um die Probleme auf direktem und unbürokratischem Weg über Vereinsmitglieder zu lösen.

Neben den ausländischen Kulturvereinen setzt sich der *Ausländerbeirat* für die Interessen der in Arnsberg lebenden Ausländer ein: Er wird von den ausländischen Arnsbergern für fünf Jahre gewählt und besteht aus 13 Mitgliedern. Der Beirat kann den Rat und seine Ausschüsse in allen kommunalpolitischen Angelegenheiten beraten; seine Anregungen und Stellungnahmen müssen auf Antrag behandelt werden. Zudem kann er selbst Aktionen durchführen.

Neben den Aktivitäten des *Internationalen Arbeitskreises* und der ausländischen Kulturvereine und Vertretungen sind seit vielen Jahren auch das Diakonische Werk,

¹⁰ Die Zahlen schwanken sehr stark: 2001 lagen sie bei einem Drittel, 2002 dagegen nur bei 10%.



der Caritas-Verband und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Bereich der Integrationsarbeit aktiv. Diese kümmern sich primär um die Belange der Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, also Asylbewerber und Flüchtlinge.

Von der Stadt selbst gab es lange relativ wenige speziell auf Migranten ausgerichtete Maßnahmen. Integration verlief vielmehr über die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und allgemeine Maßnahmen für sozial schwache Gruppen, von denen Migranten gegebenenfalls auch profitierten. Nichtsdestotrotz gibt es ein *Büro für Zuwanderung und Integration*, welches dem Fachbereich *Bürgerdienste, Soziales, Sicherheit* zugeordnet ist. Dieses Büro ist für Migranten *die* Anlaufstelle für sämtliche Belange, seien es aufenthaltsrechtliche, soziale oder finanzielle Fragen oder Ideen.

Um eine Vernetzung der vielschichtigen Integrationsbemühungen und Leistungen einzuleiten, wurde im Jahr 2000 unter Einbeziehung aller am Thema beteiligten Akteure (Stadtverwaltung, Verbände, Kulturvereine etc.) im Rahmen eines Moderationsprozesses ein Integrationskonzept erarbeitet, das fortan die Planungsgrundlage der Integrationsarbeit in Arnsberg darstellt. Das Konzept wurde 2001 vom Rat der Stadt Arnsberg beschlossen und versteht Integration nicht als Weg einer Minderheit "von draußen nach drinnen", sondern als Aufgabe des Zusammenlebens, als Aufgabe von Einheimischen und Zugewanderten, als Aufgabe von politischer Kommune und zivilgesellschaftlicher Bürgergemeinde. Es formuliert vier strategische Oberziele: (1) Zuwanderern soll eine Existenz ermöglicht werden, die auf Gleichberechtigung, Selbstständigkeit und einem größtmöglichen Maß an Unabhängigkeit basiert. (2) Die Eingewöhnung in das neue soziale Umfeld ist durch die Vermittlung entsprechender Kenntnisse und Fertigkeiten zu fördern. (3) Bei gleichzeitiger Pflege der eigenen Kultur und Identität soll Zuwanderern die Demokratie Deutschlands, seine Werte sowie lokale Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement vermittelt werden. (4) Es ist darauf hin zu wirken, dass sich alle Kulturen gegenseitig respektieren, der Prozess der gesellschaftlichen Akzeptanz gefördert und mehr interkulturelles Verständnis erreicht wird.

Die Umsetzung dieser strategischen Ziele wird auf der operativen Ebene in den sechs Handlungsfeldern (1) Sprachförderung, (2) Bildung, (3) soziale Beratung, (4) Erwerbstätigkeit, (5) Wohnsituation und (6) Information mit zusammen etwa 25 Handlungsschwerpunkten definiert. Zudem wurde 2005 eine *Steuerungsgruppe Integration* eingesetzt, welche sich aus den Leitungen der Fachbereiche, dem Integrationsbeauftragten und dem Bürgermeister zusammensetzt. Diese Gruppe legt die strategischen Integrationsziele fest, schreibt das Integrationskonzept fort und erteilt Aufträge an die operative Ebene. Unter dieser strategischen Steuerungsebene wurde eine operative Steuerungsebene eingerichtet: Zu den drei Themen (1) Kindergarten und Schule, (2) Qualifikation, Ausbildung, Beschäftigung und (3) soziale und kulturelle Integration



wurden so genannte Integrationskreise gebildet, in welchen kommunale Vertreter wie der Internationale Arbeitskreis, der Ausländerbeirat, die Stadtverwaltung, die Verbände und die Volkshochschule zusammenkommen und operative Ziele festlegen, Aktionen initiieren, begleiten und auswerten. Die Erfolge dieser Arbeit werden in einem jährlich erscheinenden Integrationsbericht veröffentlicht.

Allgemeines Ziel der Integrationspolitik der Stadt Arnsberg ist es, Zuwanderung als positiven Impuls durch multikulturelle Vielfalt für die Stadt zu nutzen.

2.4 Kooperationen mit anderen Städten

Auf nationaler Ebene ist die Stadt Arnsberg Mitglied des *Städte- und Gemeindebundes Deutschland* sowie der *Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGST)*. Mit nahezu allen städtischen Schulen ist Arnsberg zudem Projektpartner im Modellvorhaben *Selbständige Schule* des Landes Nordrhein-Westfalen. Des Weiteren ist die Stadt Projektpartner in verschiedenen interkommunalen Projekten mit der Robert-Bosch Stiftung und der Bertelsmann Stiftung; so hat Arnsberg zum Beispiel an einem durch die Bertelsmann Stiftung und das Bundesministerium des Inneren bundesweit ausgeschriebenen Wettbewerb unter dem Motto: *Erfolgreiche Integration ist kein Zufall* mit Erfolg teilgenommen.

Auf internationaler Ebene ist Arnsberg im Europäischen Ausschuss der Regionen vertreten, Projektpartner im europäischen Netzwerk *Monitoring Growth & Jobs* und Teilnehmer der *Lisbon Monitoring Platform* sowie Mitglied im Städtenetzwerk *CLIP – Cities for Local Integration Policies in Europe*.

Die wertvollen Anregungen, die in diesen Netzwerken und Projekten gegeben werden sowie das vergleichende Lernen von und mit anderen Städten werden von der Arnsberger Verwaltung sehr geschätzt. Da viele Netzwerke zudem wissenschaftlich begleitet werden, profitiert die Stadt von den Analysen und der konzeptionellen Arbeit, die im Rahmen der Kooperationen geleistet werden. Diese hätte die Stadt aus Kapazitätsgründen meist nicht selbst erbringen können.

3 Kommunale Wohnsituation

3.1 Der Arnsberger Wohnungsmarkt

Der Arnsberger Wohnungsmarkt ist durch die heterogene und polyzentrische Struktur der Stadt geprägt: Arnsberg ist nicht ein einziger städtischer Ballungsraum, sondern besteht aus 15 räumlich deutlich voneinander abgegrenzten Ortsteilen. Während die beiden größten Ortsteile Neheim und Alt-Arnsberg, die jeweils ein Viertel der Bevölkerung beherbergen, sowie die beiden Ortsteile Hüsten und Oeventrop städtisch



geprägt sind, haben die anderen Siedlungsbereiche einen dörflichen Charakter. Sie unterscheiden sich daher deutlich hinsichtlich ihrer Wohnungsstruktur, ihres Wohnumfeldes sowie ihrer Entwicklungsdynamik. Insgesamt ist der Wohnungsmarkt sehr entspannt.

Abbildung 6: Arnsberg



Quelle: <http://www.arnsberg.de>

Die Arnsberger Bevölkerungszahl ist seit den 1970er Jahren rückgängig. Auf Grund des vermehrten Zuzugs von Migranten in den 1990er Jahren stieg sie in diesem Zeitraum kurzfristig stark an; die Verluste setzen sich danach jedoch weiter fort. Seit 2000 ist die Einwohnerzahl recht stabil und liegt, wie oben bereits geschrieben, bei rund 80.800 Menschen.

Trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen ist der Gebäude- und Wohnungsbestand, vor allem in den ländlich geprägten Ortsteilen, kontinuierlich angestiegen; in den letzten zehn Jahren um ca. 7%. Im Jahr 2004 gibt es in Arnsberg rund 35.200 Wohnungen, davon ungefähr ein Viertel in Einfamilienhäusern, ein weiteres gutes Viertel in Gebäuden mit maximal 2 Wohnungen und rund die Hälfte in Mehrfamilienhäusern. Auch auf Grund dieser Gebäudestruktur sind die Wohnungen sehr groß: Einraumwohnungen machen lediglich 1%, Zweiraumwohnungen weitere 5% des Wohnungsbestandes aus. Fast die Hälfte aller Wohnungen umfasst 5 oder mehr Räume. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf beträgt 46 qm. Trotz dieser großzügig gebauten Wohnungen gibt es nach Ansicht von Wohnungsexperten auf dem Mietwohnungsmarkt zu wenig große und dennoch preiswerte Mietwohnungen für Fami-



lien. Im Segment der Zwei- und Dreiraumwohnungen gibt es in der Stadt dagegen ein Überangebot. Mindestens 1.050 Wohnungen, also 3% des Gesamtwohnungsbestandes stehen leer; Experten gehen gar von einer höheren Zahl aus.

28% der Wohnungen wurde vor 1949 gebaut, 26% in der Wirtschaftswunderzeit zwischen 1949 und 1968. 23% stammen aus dem Zeitraum 1969-1987, 13% wurden zwischen 1988 und 2004 errichtet. Auch wenn Modernisierungen vorgenommen wurden, entspricht ein großer Teil nicht mehr den heutigen Ansprüchen und Anforderungen, z.B. bei Bädern oder Energiesparhäusern.

Die Wohneigentumsquote liegt bei 58% und befindet sich damit über dem Bundesdurchschnitt. Da der neu hinzukommende Wohnungsbestand vor allem von privaten Bauherren errichtet wird, kann von einer Zunahme dieses Anteils in den kommenden Jahren ausgegangen werden.

Die Mietpreise haben sich in den letzten Jahren nur geringfügig gesteigert. Die Durchschnittsmiete in Arnsberg ist nicht bekannt. Die geforderten Kaltmieten für in Zeitungen inserierte Wohnungen mit 2 bis 4 Zimmern liegen zwischen 4,44 und 4,74 Euro je Quadratmeter. Dieses Preisniveau hält sich seit 2000. Neben den Miet- sind auch die Bodenpreise seit einigen Jahren stabil; 2005 lag der Quadratmeterpreis zwischen 75 und 175 Euro.

Haushalte, die sich in Deutschland nicht adäquat auf dem Wohnungsmarkt versorgen können, haben prinzipiell die Möglichkeit, von der Stadt eine Sozialwohnung vermittelt zu bekommen. Arnsberg stehen für solche Zwecke rund 3.300 preis- und belegungsgebundene Mietwohnungen zu Verfügung. Dies sind 9,3% des gesamten Arnsberger Wohnungsbestandes. Diese Belegungsrechte werden von der Stadt momentan kaum genutzt, da einkommensschwache Haushalte auf Grund des niedrigen Mietpreisniveaus auch auf dem freien Wohnungsmarkt eine gute Wohnung finden. So geht auch die Zahl der Haushalte, die eine Sozialwohnung suchen, seit Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich zurück. 2005 waren insgesamt lediglich 72 wohnungssuchende Haushalte mit insgesamt 153 Personen gemeldet.

Das Wanderungsverhalten nach und von Arnsberg war 2005 nahezu ausgeglichen: Es wurden etwas weniger Zuzüge als Fortzüge registriert (ca. 2.200 vs. 2.500). Innerhalb der Stadt wurden von 1998 bis 2002 pro Jahr ungefähr 7.400 Umzüge registriert; danach hat die innerstädtische Mobilität deutlich abgenommen: 2005 wurden rund 6.200 Umzüge registriert; dies bedeutet, dass ungefähr 8% der Bevölkerung umgezogen sind.

Der Einfluss der Stadt auf den Wohnungsmarkt ist recht gering, da der Stadt selbst keine Wohnungen gehören. Auch öffentliche Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften spielen eine untergeordnete Rolle. Die *Wohnungs-*



genossenschaft Arnsberg+Sundern eG besitzt in Arnsberg rund 1.700 Wohnungen. An dieser hält die Stadt 5% Anteile und verfügt im Aufsichtsrat neben 8 weiteren Mitgliedern über Stimmrecht. Die Stadt wird von der Genossenschaft als sehr wichtiger Partner angesehen; die Interessen der Gesamtstadt und ihre stadtplanerischen Ansätze werden von der Genossenschaft berücksichtigt. Der Wohnungsbestand der Genossenschaft macht jedoch nur knapp 5% des gesamten Wohnungsbestandes aus.

Bei der Bürgerbefragung *Wohnen in Arnsberg 2006* zeigte sich, dass die Mehrheit der Arnsberger mit ihrer jetzigen Wohnung und dem Wohnumfeld zufrieden ist. Auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 6 (sehr unzufrieden) wurde durchschnittlich ein Wert von 1,7 ermittelt. Die Wohngegend wurde im Mittel mit 1,85 bewertet. Das Wohnungsangebot bewerteten die Bürger mit 2,65. Rundum zufrieden scheinen die Arnsberger trotz des entspannten Wohnungsmarktes nicht zu sein.

3.2 Die Wohnsituation von Arnsbergern mit Migrationshintergrund

Aufgrund des entspannten Wohnungsmarktes und der qualitativ hochwertigen Ausstattungen der Wohnungen in Arnsberg ist die Wohnungssituation für alle Bürger sehr gut – auch die der Arnsberger mit Migrationshintergrund. In der Bürgerbefragung 2006 bewerteten die Migranten ihre Wohnung und das Wohnumfeld mit 1,8, die Wohngegend mit 1,9. Damit unterscheiden sie sich nicht wesentlich von der Gesamtbevölkerung (1,7 und 1,9).

Einige Unterschiede in Wohnsituation von Migranten und der von Arnsbergern ohne Migrationshintergrund lassen sich dennoch feststellen. Sie sind vor allem auf das durchschnittlich geringere Einkommen der Migranten zurückzuführen.

Arnsberger mit Migrationshintergrund haben durchschnittlich weniger Wohnraum zur Verfügung als die restliche Bevölkerung. Über die Größe des Unterschiedes existieren keine offiziellen Zahlen, sondern nur Indizien: Ein großer Teil der Arnsberger Migranten wohnt nach Schätzungen des *Büros für Integration und Zuwanderung* in Sozialwohnungen, in denen die Wohnfläche pro Kopf üblicherweise geringer ist als im städtische Durchschnitt.¹¹ Zudem berichtet der Geschäftsführer der *Wohnungs-genossenschaft Arnsberg+Sundern*, dass gerade Spätaussiedler stärker auf ihre Ersparnisse achten und z.B. beim Auszug erwachsener Kinder sofort nach einer kleineren Wohnung suchen, während Deutsche auch bei einer Verkleinerung der Haushaltsgröße in ihrer alten Wohnung bleiben. Laut der Bürgerumfrage 2006 steht Migranten im Schnitt eine Wohnfläche von 26 qm pro Person zur Verfügung (Gesamt-

¹¹ Die Zuweisungskriterien richten sich nach der Familiengröße. Einer allein lebenden Person stehen 45 qm + Küche und Bad zu; für jede weitere Person werden weitere 15 qm Wohnfläche hinzugefügt.



bevölkerung: 46 qm). Da an der Umfrage allerdings lediglich 39 Migranten teilgenommen haben, können diese Angaben nur einen Eindruck geben, dürfen jedoch nicht als repräsentative Aussagen gewertet werden.

Die Qualität einiger Wohnungen von Migranten ist ebenfalls niedriger als die von Deutschen. Die geförderten Sozialwohnungen, in denen viele Migranten leben, werden von der Stadt als teilweise renovierungsbedürftig eingeschätzt. Nichtsdestoweniger ist die Ausstattung auch bei diesen Wohnungen sehr hoch: Ein großer Teil der Sozialwohnungen ist standardmäßig mit Einbauküche, gefliestem Bad und Küche, doppelt verglasten Fenstern und Laminat-Böden ausgestattet.

Migranten besitzen seltener Wohneigentum als der Arnsberger Durchschnitt: Die oben erwähnte Bürgerbefragung ergab eine Eigentümerquote von 41%; Wohnungsmarkexperten gehen von 10% aus. Beim Erwerb von Wohneigentum sind in Bezug auf Migranten zwei Tendenzen auffällig: *Spätaussiedler* haben ein besonderes Interesse an geförderten Eigenheimen, was sich an der vergleichsweise hohen Zahl der bewilligten Förderanträge 2006 zeigt. Nach Angaben der Stadt haben ehemalige Gastarbeiter und ihre Familien beim Eigentumserwerb dagegen eine Präferenz für renovierungsbedürftige und somit preiswerte Immobilien. Diese Einschätzungen spiegeln sich auch in den Angaben der Migranten über das Alter ihrer Eigenheime wider. Diese sind entweder vor 1971 oder ab den frühen 1990er Jahren gebaut worden. Der Neubau bzw. die Renovierung wird häufig mit familiärer Unterstützung organisiert.

3.3 Räumliche Konzentration von Arnsbergern mit Migrationshintergrund

In Arnsberg verteilen sich die Personen Migrationshintergrund zwar auf die gesamte Stadt, leben tendenziell jedoch eher in den urban geprägten Stadtteilen (Neheim, Hüsten, Alt-Arnsberg und Oeventrop). In drei Gebieten liegt die Migranten- wie Sozialhilfequote über dem Arnsberger Durchschnitt und gleichzeitig die Wohnqualität unter dem Arnsberger Niveau. Diese Gebiete sind Gierskämpen, Moosfelde und das Bahnhofsumfeld Hüsten.

Gierskämpen liegt im Süden Alt-Arnsbergs, umfasst nur wenige Straßen und hat 920 Einwohner. Durch die Lage am Rande der Stadt und den angrenzenden Wald ist die Wohngegend landschaftlich sehr schön und es gibt einige Hauseigentümer, die gerne in diesem Viertel leben. Der Großteil der Gebäude sind jedoch keine Einfamilienhäuser, sondern größere Wohnblocks mäßiger Qualität. Sie entstanden nach dem Krieg, als schnell viel Wohnraum benötigt wurde. Mehrere von ihnen dienten als Wohnraum für die in Arnsberg stationierten belgischen Soldaten. Die Kaserne wurde 1994 geschlossen – also wenige Jahre, nachdem sehr viele Spätaussiedler in die Stadt



gekommen und in provisorischen Wohncontainern untergekommen waren. Als die Soldaten die Stadt verließen, bezogen die Spätaussiedler die leer stehenden Wohnungen. Heute liegt der Ausländeranteil bei lediglich 6%; der Anteil an Spätaussiedlern, die in der Ausländerstatistik nicht ersichtlich sind, liegt jedoch deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Da gleichzeitig die Konzentration an sozial schwachen Familien sehr hoch ist, hat sich der Ruf des Viertels verschlechtert. Ein großer Teil der eingesessenen Bevölkerung zieht weg und die Wohnungen sind sehr schwer vermietbar.

Eine ähnliche Situation findet sich in *Moosfelde*, zwei Kilometer nördlich von Neheim. Hier befand sich die belgische Kaserne (Camp Loquet), die nach dem Abzug der Truppen als Wohngebiet ausgewiesen wurde. Neben Einfamilienhäusern bauten Investoren mehrere öffentlich geförderte Sozialwohnungen, die primär von Aussiedlern bezogen wurden. Von den 3.200 Einwohner haben ca. 15% keinen deutschen Pass, ein Drittel hat einen Migrationshintergrund. Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Spätaussiedler ist auch hier hoch. Das Image dieses Viertels ist nicht besonders gut und einige Wohnungen stehen leer. Die Fluktuation ist – auch auf Grund der Eigentumssiedlung und der landschaftlich außerordentlich schönen Lage am Hang – jedoch nicht so hoch wie in Gierskämpfen.

Abbildung 7: Arnsberg-Moosfelde



Quelle: <http://www.arnsberg.de>

Drittens konzentrieren sich Haushalte mit Migrationshintergrund im Bahnhofsumfeld *Hüsten* mit älteren Wohnungen und einer hohen Verkehrsbelastung. Der Ausländeranteil liegt bei 20%.

Bei einem Quartiersranking nach soziodemographischen und städtebaulichen Kriterien wurden die genannten Quartiere als problematisch eingestuft. Im Vergleich mit anderen Städten vergleichbarer Größe kann jedoch bei allen drei genannten Gebieten kaum von einer signifikanten ethnischen Segregation gesprochen werden.



3.4 Zugang zum Wohnungsmarkt für Arnsberger mit Migrationshintergrund

Die Situation auf dem Arnsberger Wohnungsmarkt ist sehr entspannt. Somit ist es nicht schwer, eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Unterkunft zu finden. Trotzdem haben es manche Bevölkerungsgruppen – insbesondere Migranten – schwerer als andere, geeigneten Wohnraum zu finden.

Diejenigen mit einem niedrigeren sozio-ökonomischen Status können weniger Geld für eine Wohnung ausgeben. Die nicht-deutsche Bevölkerung Arnsbergs hat im Vergleich zum Durchschnitt einen niedrigeren Bildungsstand und eine höhere Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden. Daher kann man sicher annehmen, dass ihre durchschnittliche finanzielle Situation unter dem allgemeinen Durchschnitt liegt und dass einige von ihnen Schwierigkeiten haben, adäquaten Wohnraum zu finden.

Auch rechtliche Gründe können den Zugang zu Wohnraum beeinflussen – gerade im Bereich der staatlich geförderten Wohnungen. Ein grundlegendes Prinzip der deutschen Integrationspolitik ist jedoch die Einbindung von Migranten in das deutsche Wohlfahrtssystem. In Deutschland gibt es zwei staatliche Instrumente zur Unterstützung derjenigen Haushalte, die verstärkt von Exklusion betroffen sind: Wohngeld und bezuschusste Sozialwohnungen. Bei der Bewerbung um Wohngeld und Sozialwohnungen haben Personen ohne deutschen Pass die gleichen Rechte wie Deutsche. Vorausgesetzt wird, dass sie legal und dauerhaft in Deutschland leben, die betroffene Wohnung in Deutschland liegt und der/die Bewohner/in dieser Unterkunft die Miete selbst zahlt. Gemäß dem neuen Zuwanderungsgesetz kann ein dauerhafter Aufenthalt im Allgemeinen für diejenigen Ausländer angenommen werden, deren Aufenthaltserlaubnis seit mehr als einem Jahr gültig ist oder die eine Aufenthaltserlaubnis für mehr als 18 Monate bekommen haben; es sei denn der Aufenthalt ist von temporärer Natur. Das bedeutet beispielsweise, dass ausländische Studierende und Saisonarbeitskräfte vom Anspruch auf Sozialwohnungen ausgeschlossen werden, während Flüchtlinge und Asylsuchende eine Sozialwohnung bekommen könnten.

Schließlich können Diskriminierung und Vorurteile seitens der potentiellen Vermieter Migranten den Zugang zu Wohnraum erschweren. Laut der Einschätzung verschiedener Experten haben manche Personen mit (sichtbarem) Migrationshintergrund Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt: Insbesondere Eigentümer von Einliegerwohnungen bevorzugen tendenziell deutsche Mieter. Dennoch sind Vermieter auf Grund des leer stehenden Wohnraums in Arnsberg vor allem daran interessiert, ihre Wohnungen zu vermieten – somit suchen sich eher die Mieter ihre Vermieter aus als anders herum.



4 Institutioneller Hintergrund und relevante Akteure

In Deutschland wird die Wohnsituation stark von der nationalen Politik zur Unterstützung benachteiligter Haushalte beeinflusst. Auf Grund der kommunalen Autonomie hat die kommunale Politik jedoch den größten Einfluss auf die Wohnsituation. Im Folgenden werden die wichtigsten kommunalen Akteure dargestellt.

Die wichtigste Anlaufstelle für Migranten ist das *Büro für Zuwanderung und Integration*. Dieses ist der Ausgangspunkt und eine ‚One-Stop‘-Agentur für sämtliche Anliegen der Migranten; hier finden wohnungssuchende Migranten auch Unterstützung rund um das Thema Wohnen. So geben die Mitarbeiter den Migranten z.B. Hilfestellung bei der Suche nach einer Wohnung, helfen bei der Schlichtung interkultureller Nachbarschaftskonflikte, informieren über rechtliche Vorschriften und finanzielle Hilfen beim Eigenheimbau oder verweisen bei spezielleren Themen an die entsprechenden Stellen.

Die Fachabteilung *Jobcenter / Soziale Angelegenheiten* kümmert sich um die Grundversicherungsempfänger und prüft und bewilligt Kosten zur Unterkunft (KdU). Diese Abteilung ist also zuständig für das Thema Wohnen bei Hilfebedürftigen. Da das Büro für Zuwanderung und Integration im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes aber auch für das Wohnungsthema bei Migranten zuständig ist, besteht eine enge Zusammenarbeit dieser beiden Ämter: Es gibt gemeinsame Dienstbesprechungen und einen persönlichen Kontakt der Sachbearbeiter.

Der dritte relevante Akteur innerhalb der Stadtverwaltung ist die *Abteilung Zukunftsagentur und Stadtentwicklung*, die organisatorisch direkt beim Bürgermeister angesiedelt ist. Sie befasst sich mit der strategischen Planung und Umsetzung von Stadtentwicklungs- und Wohnprojekten. Zu ihren Arbeitsbereichen gehört daher die Erstellung des regelmäßig erscheinenden Wohnungsmarktberichts, die Durchführung von Bürgerbefragungen zum Thema Wohnen, vor allem aber die Bestandserfassung und Analyse der Stärken und Schwächen der Stadt und Planung der zukünftigen Entwicklung der Stadt und die Konzeption von gesamtstädtischen Stadtentwicklungsprogrammen.

Auf Grund sich abzeichnender Segregationstendenzen einzelner ethnischer Gruppen in den 1990er Jahren bildete die Stadtverwaltung 1999 eine Expertengruppe zum Thema Wohnen und Wohnungsbauförderung. Der Auftrag dieser Gruppe bestand darin, den unerwünschten Segregationstendenzen entgegenzuwirken. Der *Runde Tisch Wohnen* setzte sich aus Mitarbeitern der Stadtverwaltung zusammen, deren Fachbereiche in unterschiedlicher Form von dem Thema Wohnen betroffen sind und trifft sich inzwischen nicht mehr regelmäßig, tritt aber bei aktuellen Problemen oder Anfragen wieder zusammen.



Bereits an Hand dieser kurzen Beschreibung der relevantesten Akteure wird die Arnsberger Kooperationsstruktur ersichtlich: Die Amtsleiter und Mitarbeiter der Stadtverwaltung kennen sich gut und kooperieren im alltäglichen Geschäft sowie bei akuten Problemen. Strategien und Konzepte werden aufeinander abgestimmt oder gleich gemeinsam entwickelt. Diese produktive Zusammenarbeit funktioniert nicht nur intern, sondern auch mit den multiplen zivilen Akteuren: Die Mitarbeiter wie der Bürgermeister stehen in engem Kontakt mit dem Ausländerbeirat, den ausländischen Kulturvereinen und dem *Internationalen Arbeitskreis*. Zudem tauschen sie sich mit Wohnungsmarktexterten wie beispielsweise den Hausverwaltungen der Wohnungsgesellschaften und der *Wohnungsgenossenschaft Arnsberg+Sundern* über Bedürfnisse, Probleme und zukünftigen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt aus.

5 Diskurse, Konzepte und Politiken zum Wohnungswesen

5.1 Visionen, Konzepte und Politik der Verwaltung und des Kommunalrats

Im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes *STEP* beschäftigt sich Arnsberg seit Ende der 1990er Jahre intensiv mit dem Themenkomplex Wohnen. Auftakt für ein umfassendes und ganzheitliches Initiativvorgehen war die Analyse *Zukunft Wohnen in Arnsberg*. Seitdem steht nicht mehr nur der rein quantitativ ausgerichtete Versorgungsauftrag im Vordergrund, sondern die Stadt richtet ihre Bemühungen vor allem auf die Erfüllung qualitativer Ziele. Wohnen ist zu einem Standortfaktor geworden. Stadtentwicklung steht für Standortattraktivierung. Zu diesem Zweck agiert die Stadt verstärkt als Kooperationspartner mit allen beteiligten Akteuren (Wohnungsgesellschaften, Banken, Architekten etc.) sowie als Moderator (in Stadtmarketingprozessen, Zukunftswerkstätten mit Bürgern, Investoren etc.), der Diskussionsanstöße gibt und Veränderungsprozesse in Gang setzt. Die Stadt ist im Zuge dessen dem Initiativkreis „Kommunale Wohnungsmarktbeobachtung“ beigetreten, hat den ersten Wohnungsmarktbericht der Stadt veröffentlicht und fördert alternativer Wohnprojekte wie intergenerative Wohnkonzepte.

Ziel der Stadtentwicklungspolitik ist es, trotz polyzentrischer Stadtstruktur zu einer ausgeglichenen Bewohnerstruktur in den Stadtteilen zu gelangen. Der Rat der Stadt und die Stadtplanung beschlossen dafür sieben übergreifende Ziele; unter anderem sind dies die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den Stadtteilen und die Identifikation mit der Gesamtstadt, die Sicherung der sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen und die Unterstützung und Entwicklung der Stadtteilkooperationen. Um diese Ziele umzusetzen, wurden mehrere Projekte, wie die Auf-



wertung einiger Stadtteile und soziale und kulturelle Initiativen, gestartet. Das Stadtentwicklungskonzept soll die Wohn- und Lebensbedingungen aller Arnsberger verbessern und für die Zukunft sichern, unabhängig ihrer Herkunft. Eine spezielle Politik zur Verbesserung der Wohnsituation von Migranten ist aus Sicht der Stadt daher nicht notwendig.

In Bezug auf Wohnen, Segregation und Integration gehen Rat und Verwaltung der Stadt davon aus, dass die Nähe zu Bewohnern mit gleichem Migrationshintergrund im Wohnquartier ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit und den Import eines „Stückchen Heimat“ bedeuten kann. Dieses dürfte Migranten dabei helfen, sich in einem fremden Land schneller einzufinden. Diese Sichtweise führt dazu, dass ein gewisses Maß an räumlicher Segregation nicht als grundsätzlich kontraproduktiv für den Integrationsprozess angesehen wird. Als entscheidend wird bewertet, inwieweit – trotz Segregation – die Bereitschaft zur Teilhabe am Gemeinwesen vorhanden ist. Stark ethnisch und sozial segregierte Wohnquartiere sollen vermieden werden, Nachbarschaften von Migranten aber möglich sein.

5.2 Öffentlicher Diskurs

Es gibt in Arnsberg zwei Viertel, die in der Öffentlichkeit als sozial und infrastrukturell benachteiligte Viertel wahrgenommen werden – und auch solche sind. Es handelt sich dabei um Moosfelde (im Norden von Neheim) und Gierskämpfen (im Süden von Alt-Arnsberg). Beide sind räumlich separate Gebiete, in denen es viele gepflegte Einfamilienhäuser alteingesessener Arnsberger gibt, gleichzeitig aber auch Wohnblöcke mit einem hohen Anteil an sozio-ökonomisch schlecht gestellten Personen. In beiden Vierteln liegt nicht nur die Arbeitslosenquote, sondern auch die Migrantenquote (v. a. die der Spätaussiedler) deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Als Problem werden die Viertel nicht wahrgenommen – hinziehen möchte ein großer Teil der eingewanderten deutschen und der langjährig in Arnsberg lebenden ausländischen Bevölkerung dennoch nicht.

Die Innenwahrnehmung dieser Gebiete ist deutlich besser als die Außenwahrnehmung: Gerade die Bewohner von Moosfelde haben sich, auch auf Grund des schlechten Images, zu einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen, die für mehr Sauberkeit und Ordnung sorgte, und durch die gemeinsamen Aktionen auch zu mehr Zusammenhalt führte. Für Gierskämpfen können solche Aussagen zwar weniger sicher getroffen werden – vereinzelte Bewohner schätzen an ihrer Wohnlage jedenfalls auch die Nähe zum Wald und betonen, dass die Gegend besser sei als ihr Ruf.

Für die lokalen Medien sind Segregation, benachteiligte Viertel oder das Wohnungswesen überhaupt unter dem Blickwinkel von Migration und Integration kein Thema.



Lediglich ein segregiertes Wohnquartier, Moosfelde, fand in der Vergangenheit gelegentlich das Interesse der lokalen Berichterstattung: Sie war durchweg objektiv und besaß einen eher unterstützend fördernden Charakter für das Wohnquartier.

6 „Wohnen und Integration“ – Maßnahmen und Projekte

6.1 Interventionen zur Verbesserung des Zugangs zu Wohnraum für Migranten

Gerade neu ankommende Migranten haben auf Grund ihrer mangelnden Sprach- und Ortskenntnis Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum. In Arnsberg finden diese (und auch alt eingesessene Migranten) Unterstützung beim *Büro für Zuwanderung und Integration*. Dieses Amt ist für Migranten eine Anlaufstelle für Probleme und Fragen jeglicher Art – auch bei der Wohnungssuche und den damit verbundenen Fragen können sich Arnsberger Migranten an die Mitarbeiter des Amtes wenden.

In Kapitel 3.4 (Zugang zum Wohnungsmarkt) wurde bereits angedeutet, dass Personen, die nicht in der Lage sind, sich adäquat auf dem freien Wohnungsmarkt zu versorgen, Wohngeld beantragen oder den so genannten sozialen Wohnungsmarkt nutzen können. Das Wohngeld wird vom Bund und dem entsprechenden Bundesland finanziert. Es subventioniert Wohnkosten für Haushalte mit geringem Einkommen. Die zuständigen Ämter dafür in Arnsberg sind das *Jobcenter* und das *Amt für Zuwanderung und Integration*. Wohngeld unterstützt einkommensschwache private Haushalte mit dem Ziel, eine angemessene Unterkunft für diese zur Verfügung zu stellen, indem es den Zugang zu Wohnraum mit niedriger oder durchschnittlicher Miete vereinfacht. Ob ein Haushalt Wohngeld beantragen kann und wie viel als Unterstützung zur Miete oder Hypothek (bei Hauseigentümern) beantragt werden kann, hängt von der Größe des Haushalts, dem Einkommen und der Miethöhe ab. Bei der Bewerbung um Wohngeld und Sozialwohnungen haben Personen ohne deutschen Pass die gleichen Rechte wie Deutsche. Vorausgesetzt wird, dass sie legal und dauerhaft in Deutschland leben¹², die betroffene Wohnung in Deutschland liegt und der Bewohner dieser Unterkunft die Miete selbst zahlt.

¹² Wie oben beschrieben, kann ein permanenter Aufenthalt im Allgemeinen für diejenigen Ausländer angenommen werden, deren Aufenthaltserlaubnis seit mehr als einem Jahr gültig ist oder, die eine Aufenthaltserlaubnis für mehr als 18 Monate bekommen haben, es sei denn der Aufenthalt ist von temporärer Natur. Das bedeutet, dass ausländische Studierende und Saisonarbeitskräfte vom Anspruch auf Sozialwohnungen ausgeschlossen werden, während Flüchtlinge und Asyltragssteller eine Sozialwohnung bekommen könnten.



Der so genannte soziale Wohnungsmarkt wird durch das Wohnraumförderungsgesetz geregelt. Es sorgt dafür, dass der Bau neuer Gebäude, die Renovierung bereits bestehender Wohneinheiten und der Ankauf von Belegungsrechten öffentlich finanziert werden und bestimmte Zielgruppen mit Wohnraum versorgt werden können (siehe oben). Bedürftige Haushalte können auf Grund dieses Gesetzes einen Wohnberechtigungsschein bei den oben genannten Ämtern beantragen.¹³ Der Bewerbungsablauf gleicht dem des Wohngeldes: Ob ein Haushalt (egal ob deutsch oder nicht-deutsch) berechtigt für solch eine Förderung ist oder nicht, hängt vom Einkommen, der Zahl der Familienmitglieder und dem Aufenthaltsstatus des Bewerbers ab, welcher dauerhaft in Deutschland leben muss.

Da der Arnsberger Wohnungsmarkt so entspannt ist, wird diese Hilfestellung selten nachgefragt und die Belegungsrechte der Stadt kaum genutzt. Wenn sie Anwendung finden, gelten die beschriebenen Maßnahmen für die Gesamtbevölkerung Arnsbergs. Es gibt jedoch kaum statistische Informationen über das Ausmaß, in dem Migranten von diesen Maßnahmen profitieren. Da der Anteil der Migranten an der Zielgruppe (d.h. Haushalte mit geringem Einkommen, Familien mit Kindern, Bewohner benachteiligter Nachbarschaften) über dem Durchschnitt liegt, kann angenommen werden, dass Migranten überproportional häufig von diesen Regelungen profitieren.

Des Weiteren fördert die Stadt im Sinne des Wohnraumförderungsgesetzes den Neubau von Sozialwohnungen und Eigenheimen. 2004 umfasst der gesamte öffentlich geförderte Wohnungsbestand in Arnsberg rund 3.300 Wohnungen (rund 860 Eigenheime und 2.440 Mietwohnungen). Gerade an der Eigenheimförderung zeigen Spätaussiedler ein besonderes Interesse, was sich an der vergleichsweise hohen Zahl der bewilligten Anträge 2006 zeigt. Förderanträge für Mietwohnungen werden aufgrund der entspannten Wohnungslage im unteren Preissegment kaum neu gestellt und auch im Eigenheimbereich sind die Förderanträge rückgängig.

Neben den Maßnahmen, die die Stadt Arnsberg als Bewilligungsbehörde des Wohnraumförderungsgesetzes durchführt, unterhält sie zwei Projekte, die den Zugang zu ausreichendem und privatem Wohnraum für die Zuwanderergruppen der Asylbewerber und der Spätaussiedler fördert:

Asylbewerbern ist der Zugang zum sozialen Wohnungsmarkt verwehrt; sie sind auf gesetzlicher Grundlage in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Da sich Asylverfahren unter Umständen über Jahre ziehen können, leben Asylbewerber teilweise sehr lange in solchen Heimen. Die Stadt Arnsberg nimmt an, dass ein jahrelanger Aufenthalt in solchen Unterkünften die familiäre Intimsphäre nur sehr eingeschränkt

¹³ Einkommensgrenzen: Ein-Personen-Haushalt: 12.000 Euro, Zwei-Personen-Haushalt: 18.000 Euro, für jedes weitere Haushaltsmitglied: 4.100 Euro (vgl. WofG, Abschnitt 2, § 9 Einkommensgrenzen).



schützt oder sogar schadet und bringt Familien mit langjährigem Aufenthalt in eigenen Bereichen oder sogar in eigenen Wohnungen innerhalb der Unterkünfte unter.

Spätaussiedler werden bei ihrer Ankunft in Deutschland in Übergangseinrichtungen untergebracht. Insbesondere für Familien ist die längere Unterbringung in solchen Einrichtungen problematisch. Neben den Schwierigkeiten im Familiensystem kann eine langjährige Unterbringung dort zu einer Stigmatisierung führen, die den Erfolg des weiteren Integrationsprozesses deutlich verschlechtert. Arnsberg unterstützt deswegen den raschen Wechsel in „normalen“ Wohnraum. Da dies im Fall von Hilfebeziehern für die Stadt mit höheren Kosten verbunden ist, wird analog die Beschäftigung der Migranten gefördert. Dazu wird den erwerbsfähigen Personen professionelle Beratung und Betreuung durch die städtische Arbeitsagentur oder im Rahmen der Beschäftigungsvermittlung zur Verfügung gestellt.

6.2 Kommunale Politik zum Thema räumliche Segregation

6.2.1 Politik zur Verringerung räumlicher Segregation

Arnsberg unternimmt wichtige Anstrengungen zur Verhinderung ethnischer Segregation. Einige der kommunalen Initiativen werden im Folgenden beschrieben.

Nutzung und Gestaltung der polyzentrischen Struktur der Stadt

Als bedeutsamste Maßnahme gegen die Segregation einzelner Bevölkerungsgruppen ist die bewusste Nutzung und Gestaltung der polyzentrischen Stadtstruktur zu nennen. Im Rahmen eines umfassenden Stadtentwicklungskonzeptes (*STEP*) soll der gesellschaftliche Zusammenhalt in den Stadtteilen und gleichzeitig die Identifikation der Arnsberger mit der Gesamtstadt gefördert werden. Alle Stadtteile sollen als Wohnstätten erhalten bleiben, gleichzeitig sollen die Besonderheiten und Stärken der einzelnen Stadtteile betont und gestärkt werden. Während Alt-Arnsberg mit seiner historischen Altstadt verstärkt ein auch für Touristen attraktiver Kulturort werden soll, sollen Neheims Qualitäten als Einzelhandels- und Dienstleistungszentrum und Hüstens Sport- und Freizeitangebot betont werden. Zur Erreichung dieser Ziele wurden unter anderem Stadtsanierungsprogramme gestartet, ein Erlebnisbad eröffnet, Stadtteilbüros entwickelt und ein Marketingkonzept entworfen. Dieses Stadtentwicklungsprogramm thematisiert zwar das multikulturelle und soziale Zusammenleben, ist aber kein Projekt, welches explizit auf die Verbesserung der Wohnbedingungen von Migranten zielt. Ethnischen und sozialen Segregationstendenzen wirkt es durch die bewusste Inszenierung der polyzentrischen Struktur bei gleichzeitigem Zusammenhalt dennoch effektiv entgegen.



Runder Tisch Wohnen

Wie bereits beschrieben, zeichneten sich auf Grund des vermehrten Zuzugs von Spätaussiedlern in den 1990er Jahren Segregationstendenzen in sozial geförderten Neubaugebieten ab, die sich negativ auf das Wohnumfeld auswirkten. Als Reaktion bildete sich in der Stadtverwaltung eine Expertengruppe, welche die städtischen Kompetenzen im sozialen Wohnungsbau und Bau- und Stadtplanung sowie aus den Bereichen Jugend, Familie, Soziales und Zuwanderung versammelt. Dieser *Runde Tisch Wohnen* entwickelte Kriterien, nach denen zukünftig über die Förderwürdigkeit eines Neubaus entschieden wird: Nur noch Projekte mit maximal sechs bis acht Wohneinheiten sollen gefördert werden; das Bauen in Randlagen sowie die Konzentration sozial geförderter Bauten ist nicht mehr erlaubt. Stattdessen sollen Lücken in bestehenden, zentrumsnahen Wohngebieten geschlossen werden. Auch die Nähe zu vorhandener Infrastruktur wie Kindergärten und Einkaufsmöglichkeiten ist für die Förderung ein relevanter Aspekt. Zudem sollen zeitgemäße und größere Wohnraumzuschnitte geplant werden (z.B. eine Wohnküche statt einer kleinen Küche mit separatem Esszimmer).

Hochwertige Bildungseinrichtungen in allen Stadtteilen

Der Bildungsstandard von Migranten wird für ihre Integration in die Gesellschaft als wesentliches Element angesehen. Daher legt die Stadt großen Wert auf eine hohe Qualität der Kleinkindbetreuungseinrichtungen und Schulen in allen Stadtteilen. Somit sollen Kinder unabhängig ihres Wohnortes die qualitativ gleiche Bildung und prinzipiell die gleichen Ausgangsbedingungen für den Start in das Berufsleben erhalten. In Arnsberg scheint dieses Ziel erreicht: Sämtliche städtische Schulen haben einen guten Ruf; der Bedarf an Kindergärten und Kindertagesstätten für Kinder ab 3 Jahren ist in allen Stadtteilen gedeckt. En passant werden mit dieser Maßnahme nicht nur die Bildungschancen der Migrantenkinder erhöht, sondern auch Segregationstendenzen entgegengewirkt.

Ausländische Kulturvereine

Die These des Bürgermeisters ist, dass Migranten umso besser in die deutsche Gesellschaft integriert sind, je mehr sie auch ihre ursprüngliche kulturelle und ethnische Identität leben können. Zudem werden durch Kulturvereine Netzwerke unter Migranten geknüpft, die ihnen durch gegenseitige Hilfeleistungen die Integration in die Gesellschaft erleichtern. Arnsberg unterstützt daher die ausländischen Kulturvereine der Stadt, unter anderem durch Räumlichkeiten, und steht mit diesen in engem Kontakt. Zudem etablierten sich die Vereine als wichtige Ansprechpartner der Stadt: Beschwerden sich Anwohner zum Beispiel über das Verhalten ausländischer Jugendlicher



in der Nachbarschaft, so kann die Stadt solche Probleme meist schnell und unbürokratisch mit Hilfe der Vereine lösen.

DIES Internationalis

Der *DIES Internationalis* ist das internationale Sommerfest der Stadt. Im Mittelpunkt des Festes stehen zwar kulinarische und kulturelle Genüsse, von der Stadt wird dieses Fest dennoch auch im Kontext des Themas Wohnen als wichtiges Ereignis gesehen: Die Organisation liegt beim *Internationalen Arbeitskreis* und dem Ausländerbeirat; diese werden unterstützt von Bürgerinitiativen, den ausländischen Kulturvereinen, der Stadt Arnsberg sowie den lokalen Medien. Während der fast einjährigen Vorbereitung kommen also verschiedenste Gruppierungen mit unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und sozialen Wurzeln zusammen und haben die Chance, sich kennen und schätzen zu lernen. Durch solch gemeinsame Aktivitäten wird interkulturellen Nachbarschaftskonflikten zwischen Arnsbergern verschiedener Nationalitäten vorgebeugt.

Einbindung von Migranten in Aktivitäten der Wohnungsgenossenschaft

Die *Wohnungsgenossenschaft Arnsberg+Sundern*, an der die Stadt Arnsberg Anteile hält, besitzt ca. 1.700 Wohnungen. Statistische Erhebungen über den Anteil an Migranten darüber gibt es nicht; die Geschäftsführung schätzt ihn auf ein Sechstel. Um Segregation zu verhindern und Problemen vorzubeugen, achtet die Genossenschaft bei der Belegung ihrer Wohnungen auf eine sozial und ethnisch ausgewogene Bewohnerstruktur und verfolgt somit eine inoffizielle Quotenpolitik.

Der Genossenschaft ist zudem aufgefallen, dass sich Spätaussiedler häufiger draußen aufhalten, ein hohes Interesse an Gärten haben und die Außenanlagen pflegen und verschönern. Dieses Engagement wurde von der Wohnungsgenossenschaft aufgegriffen: Den entsprechenden Personen wurde angeboten, gegen Entgelt für die Pflege der Außenanlagen auch offiziell verantwortlich zu werden, was diese gerne angenommen haben. Somit ist zum einen die Qualität der Grünanlagen gestiegen, zum anderen erhalten die Spätaussiedler nicht nur die Möglichkeit, sich ein wenig zusätzliches Geld zu verdienen, sondern erfahren durch ihre Stellung und ihr Engagement auch eine höhere Akzeptanz.

Eingebunden sind die Migranten auch in der Mitgliederversammlung der Genossenschaft: Insgesamt sind 49 Mieter in dieser vertreten, davon haben 6 einen Migrationshintergrund. Interessanterweise hat somit jeder Wahlbezirk (die ungefähr den Stadtteilen Arnsbergs entsprechen) mindestens einen Vertreter mit Migrationshintergrund.



6.2.2 Politik zum Umgang mit räumlicher Segregation

Die Art und Weise, in der die Stadt versucht, ethnische Segregation zu verhindern oder zu reduzieren wurde im vorangegangenen Kapitel beschrieben. An Hand von Beispielen aus verschiedenen Projekten wird das folgende Kapitel zeigen, wie Arnsberg mit vorhandener räumlicher Segregation umgeht und so das Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt in der Stadt zu verbessern versucht.

Wohnumfeldverbesserung Moosfelde

Auf das negative Image und die sozio-ökonomisch schwache Bevölkerungsstruktur des Viertels Moosfelde wurde bereits oben verwiesen. Eine engagierte Bewohnerin wollte sich mit den Zuständen und dem Image nicht abfinden und gründete 2005 gemeinsam mit Nachbarn die Bürgerinitiative *Bürger für Moosfelde*. Die Initiative begann mit einer Bürgerumfrage: Die Gruppe befragte Bewohner, warum sie gerne in Moosfelde leben und was sie sich für das Viertel wünschen. Zudem wurden Müll-Sammelaktionen gestartet.

Zeitgleich initiierte die Stadt einen Prozess zur Aufwertung und Neugestaltung des Viertels: Mit Wohnungsbaugesellschaften und Immobilienverwaltungen diskutierte sie Stärken und Schwächen des Viertels und entwickelte Ansätze zur Problembehandlung.

Im Winter 2005 wurden diese beiden Initiativen von der Stadt zusammengeführt und es fand ein Workshop zur Wohnumfeldverbesserung im Bürgerhaus Moosfelde statt. An der Veranstaltung nahmen 70 Personen teil: Bürger des Viertels, Mitarbeiter der Stadt sowie der Immobilienverwaltungen und Wohnungsunternehmen. Sie bildeten Arbeitsgruppen zu den Themen ‚Ortskern‘, ‚Image‘, ‚Kinder & Jugendliche‘, ‚Öffentlicher Raum‘ und legten zukünftige Maßnahmen, Zeitpläne und Finanzierungsmöglichkeiten fest, die seitdem durchgeführt werden.

Nach Angaben der Bewohner, der Immobilienvermittler und der Stadt hat sich die Wohnqualität wie das Image deutlich verbessert. Langfristig wird dieses Projekt der Wohnumfeldverbesserung daher wohl nicht nur zum ‚Management‘ der Segregation, sondern zu einer Reduktion dieser führen.

Jugendtreffs

Obige Initiativen sind langfristig äußerst wirksam – um aber auch auf die akuten Probleme eingehen zu können, unterstützt die Stadt mehrere Jugendtreffs. Diese werden teils durch Trägervereine (z.B. Internationaler Bund) finanziert, teils durch die Stadt mit Hilfe von ehrenamtlichem Engagement getragen. Sie bieten ein umfangreiches Programm (z.B. Sport, Kreativangebote, Theatergruppen) und gleichzeitig den Jugendlichen auch Zeit und Raum, ihre Freizeit nach eigenem Geschmack zu gestalten. In Moosfelde werden zudem auch regelmäßig ein *Runder Tisch* mit den Kindern



und Jugendlichen, der Bürgerinitiative, der Polizei und Sozialarbeitern organisiert, um aktuelle Themen und Projekte zu besprechen und somit auch Problemen vorzubeugen. Die Jugendtreffs in Gierskämpfen und Moosfelde werden täglich von jeweils 30 Kindern und Jugendlichen besucht, davon ein beträchtlicher Anteil mit Migrationshintergrund (v.a. Spätaussiedler).

Projekt ‚Heinrich-Lübke-Straße‘: MISS

Ein innovatives Projekt zur Verbesserung der Wohnsituation ist das *MISS*-Projekt in der Heinrich-Lübke-Straße. Die Heinrich-Lübke-Straße im Stadtteil Hüsten ist eine viel befahrene Bundesstraße. Durch einen LKW-Anteil von bis zu 30% weist sie eine hohe Verkehrsbelastung auf, die durch die baulich enge Situation und den damit verbundenen Lärm noch verschärft wird. In dem Gebiet wohnen rund 2.000 Personen, davon sind ca. 300 direkte Anlieger. Unter diesen sind fast 20% Ausländer, vorwiegend aus der Türkei und aus Italien. Von einem ethnisch segregierten Viertel kann hier nicht Rede sein – der Anteil an Nicht-Deutschen liegt gleichwohl deutlich über dem Arnsberger Durchschnitt von 7%.

2007 soll eine Umgehungsstraße fertig gestellt sein, auf Grund derer die Verkehrsbelastung in der Heinrich-Lübke-Straße deutlich sinken wird. Die Stadt nutzt diese Perspektive, um die Straße neu zu gestalten und damit die Aufenthaltsqualität zu steigern. Um auch die ausländischen Anwohner in diesen Prozess einzubeziehen, ging Arnsberg einen innovativen Weg: Sie informierte im Internet über den Bau der neuen Umgehungsstraße sowie die Umgestaltungsmöglichkeiten der *Heinrich-Lübke-Straße* und führte eine Umfrage durch, um die Ideen und Wünsche der Anwohner bezüglich der Umgestaltung zu erfahren. Dieses Informations- und Beteiligungsangebot wurde von ehrenamtlich aktiven Bürgern in insgesamt fünf Sprachen übersetzt (Deutsch, Türkisch, Italienisch, Serbokroatisch und Russisch). Das Projekt *MISS* (Mehrsprachigkeit bei Internetangeboten zur Stadtentwicklung und Stadtplanung)¹⁴ fand großes Interesse, konnte mangels Internetzugängen jedoch gerade von ausländischen Bürgern nicht in erhofftem Umfang genutzt werden. Parallel zum Internetangebot ging die Stadt daher den Weg über Schulen: Mit Schülern zwischen 8 und 15 wurde über das Umgestaltungprojekt diskutiert und anschließend deren Wünsche mittels Fragebögen festgehalten. Zudem wurden Fragebögen an die Eltern verteilt, die die Kinder als ‚Hausaufgabe‘, an den nächsten Tagen ausgefüllt zurückbrachten. Die Kombination der beiden Kommunikationskanäle Schule und Internet sowie die Mehrsprachigkeit des Projektes sind ein zukunftsweisender Ansatz, um die Partizipation von Migranten an stadtplanerischen Projekten zu erhöhen.

¹⁴ Ähnliche Projekte wurden in den benachbarten Städten Gütersloh, Iserlohn und Solingen durchgeführt.



7 Stärken und Schwächen: Lernen für CLIP

Arnsberg kann durch seine heterogene und polyzentrische Struktur charakterisiert werden: Die Stadt ist kein einzelner urbaner Raum, sondern umschließt 15 ursprünglich unabhängige Einheiten, von denen einige städtisch, andere jedoch eher ländlich geprägt sind. Etwa 80.800 Menschen leben in Arnsberg; fast 7% von diesen haben keinen deutschen Pass. Die Mehrheit dieser Ausländer sind frühere Gastarbeiter und deren Familien, die zwischen den 1960er und 1980er Jahren nach Deutschland kamen. Der Großteil von ihnen kommt aus der Türkei, Griechenland, Italien und dem ehemaligen Jugoslawien. Die Integration der Migranten in Arnsberg fand primär dadurch statt, die Kerninstitutionen (wie beispielsweise das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt) zu öffnen und die Migranten ins nationale Wohlfahrtssystem einzubeziehen. Den Wohnungsmarkt betreffend bedeutet das, dass Nicht-Deutsche die gleichen Rechte wie Deutsche haben, Wohnunterstützung zu beantragen. Die wichtigsten Maßnahmen für Haushalte mit geringem Einkommen sind dabei Sozialwohnungen und Wohngeld (eine zusätzliche Leistung, um die Kosten des Wohnraums zu decken). Sozialräumlich wurden die Ausländer gut integriert.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kamen viele Spätaussiedler aus Polen und der früheren Sowjet Union nach Arnsberg. Auf Grund der Tatsache, dass sie deutsche Staatsbürger sind, gehen diese Migranten nicht in die Ausländerstatistik ein. Viele Spätaussiedler wurden provisorisch in einer Art Wohncontainer untergebracht, weil es nicht genug Wohnraum für die große Menge an neu ankommenden Menschen gab. Im Jahr 1994 wurde die belgische Kaserne in Arnsberg geschlossen und viele Spätaussiedler wurden in den leer stehenden Wohnungen der Soldaten untergebracht. Zusätzlich wurden in deren Nähe Sozialwohnungen errichtet. Heute lebt – auf Grund dieser Entwicklungen in den frühen 1990er Jahren – eine unverhältnismäßig große Zahl an Spätaussiedlern und sozio-ökonomisch benachteiligten Personen in leicht segregierten Vierteln der Stadt.

Weil diese Entwicklungen sowohl in den Augen der Stadt als auch in denen der Öffentlichkeit als problematisch betrachtet werden, wurde eine Vielzahl an Konzepten, Maßnahmen und Initiativen eingeführt. Die Gemeindeverwaltung hat eine Expertengruppe eingerichtet, die Maßnahmen zur Beseitigung von Segregations-tendenzen entwirft: Finanzielle Unterstützung für Sozialwohnungen gibt es nur für Gebäude in nicht-segregierten Vierteln und für kleinere Wohneinheiten. Zudem wurde ein städtisches Entwicklungskonzept (STEP) entwickelt, welches Segregation verhindern soll, indem der soziale Zusammenhalt in den einzelnen Stadtteilen gefördert wird und gleichzeitig die Vorteile der polyzentrischen Struktur Arnsbergs genutzt werden. Des Weiteren wendet die Wohngenossenschaft Arnsberg+Sundern ein informelles Quotensystem hinsichtlich der Anzahl und der Ethnizität ihrer Mieter an.

Ein effektives Projekt zur Verbesserung der Situation in segregierten Vierteln ist das Erneuerungsprogramm in Moosfeld, welches von der Gemeinde in Zusammenarbeit



mit einer Bürgerinitiative organisiert wird: Dadurch, dass die Bürger sich aktiv am Erneuerungsprozess beteiligen, wird garantiert, dass ihre Bedürfnisse und Wünsche berücksichtigt werden. Ein weiterer interessanter Ansatz der Verbesserung einer benachteiligten Nachbarschaft ist das innovative MISS-Projekt, das den Einbezug der Ausländer in den städtischen Entwicklungsprozess stärkt, indem mit Schülern diskutiert und das Internet genutzt wird, sowie multilinguale Informationen und ein Forum zur Beteiligung angeboten werden.

Diese Maßnahmen zur Verhinderung und zum Umgang mit Segregation waren sehr erfolgreich. Dies kann auf das Zusammenfallen dreier Aspekte zurückgeführt werden: erstens der heute entspannte Wohnungsmarkt, zweitens die geringe Anzahl an Migranten und drittens das außergewöhnliche Engagement aller Akteure.

Um den Zugang der Migranten zu bezahlbarem Wohnraum zu verbessern, bietet die Stadt einen besonderen Service für Migranten: Das Amt für Integration und Zuwanderung ist eine „One-Stop-Agentur“. Die Migranten können all ihre Angelegenheiten – auch wohnraumbezogene – mit den Beamten besprechen.

Jedoch liegt der bemerkenswerte Faktor in Arnsbergs sozialräumlicher Integrationspolitik nicht nur in der Art der Maßnahmen, welche die Stadt eingeführt hat, sondern auch in der effektiven Kooperation innerhalb der Stadt: Verschiedene Akteure wie der Bürgermeister und sein Büro, die Gemeindeverwaltung, Politiker, die Einwohner, die Polizei, ethnische Organisationen, Bürgerinitiativen (bzw. -vereine) oder Wohnungsbau-gesellschaften unterstützen sich gegenseitig und koordinieren ihre Ansätze nicht nur, sondern entwickeln sie oftmals gemeinsam.



8 Quellen

8.1 Bibliographie

- ▶ **Bertelsmann Stiftung** (Hg.) : Demographiebericht Kommune „Arnsberg“. In: Wegweiser Demographischer Wandel. Online unter: <http://www.aktion2050.de/wegweiser>.
- ▶ **Bosswick, Wolfgang / Bronnenmeyer, Veit** 2001: Integrationsmaßnahmen der Wohlfahrtsverbände. Expertise für die Unabhängige Kommission 'Zuwanderung', Bundesministerium des Inneren, Berlin.
- ▶ **Bosswick, Wolfgang / Borkert, Maren / Heckmann, Friedrich / Lüken-Klaßen, Doris** 2001: Local integration policies for migrants in Europe. Luxembourg.
- ▶ **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (BAMF) (Hg.) 2006: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Nürnberg.
- ▶ **Curle, Edda** 2004: Migration in Europa - Daten und Hintergründe, Stuttgart.
- ▶ **Egner, Björn / Georgakis, Nikolaos / Heinelt, Hubert / Bartholomäi, Reinhart C.** (Hg.) 2004: Wohnungspolitik in Deutschland. Positionen, Akteure. Instrumente, Darmstadt: Schader-Stiftung
- ▶ **Esser, Hartmut** 2001: Integration und das Problem der „multikulturellen Gesellschaft“. In: Mehrländer, Ursula / Schultze, Günther (Hg.) 2001: Einwanderungsland Deutschland: neue Wege nachhaltiger Integration. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH. Bonn.
- ▶ **Deutschland, Bundesregierung** 2004: Nachhaltige Stadtentwicklung – ein Gemeinschaftswerk. Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004.
- ▶ **Heckmann, Friedrich** 2003: From Ethnic to Universalistic Immigrant Integration: Germany. In: Heckmann, Friedrich / Schnapper, Dominique (Hg.) 2003: The Integration of Immigrants in European Societies. Stuttgart.
- ▶ **Heckmann, Friedrich / Lederer, Harald / Worbs, Susanne** 2001: Effectiveness of National Integration Strategies Towards Second Generation Migrant Youth in a Comparative Perspective. Final Report to the EU Commission. Online unter: <http://www.uni-bamberg.de/projekte/effnatis/pgitps.htm>.
- ▶ **Hirsland, Kathrin** 2006: The Development of a Nationwide Integration Program in Germany: Creating a Comprehensive Framework for Integration Policy. In: Heckmann, Friedrich / Wolf, Richard (Hg.) 2006: Immigrant Integration and Education. The Role of State and Civil Society in Germany and the U.S. Bamberg.
- ▶ **IHK zu Arnsberg** (Hg.) 2006: Zahlenspiegel. Arnsberg.
- ▶ **Mahnig, Hans** 1998: Integrationspolitik in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden, Research Report 10 of the Swiss Forum for Migration Studies, Neuchâtel.
- ▶ **Özcan, Veysel** 2005: focus Migration. Länderprofil Deutschland.
- ▶ **Stadt Arnsberg** (Hg.) 2003: Bericht zur Stadtentwicklung 2003. Beiträge zur Stadtentwicklung. Info 14. Arnsberg.
- ▶ **Stadt Arnsberg** (Hg.) 2003: Zukunft Wohnen in Arnsberg. Beiträge zur Stadtentwicklung. Info 15. Arnsberg.
- ▶ **Stadt Arnsberg** (Hg.) 2004: Integrationsbericht der Stadt Arnsberg. Januar 2004. Arnsberg.



- ▶ **Stadt Arnsberg** (Hg.) 2005: Gartenstadt Moosfelde. Dokumentation des 1.Workshops am 01.12.2005 im Bürgerhaus Moosfelde. Arnsberg.
- ▶ **Stadt Arnsberg** (Hg.) 2006: Bürgerbefragung Wohnen in Arnsberg 2006. Beiträge zur Stadtentwicklung. Info 27. Arnsberg.
- ▶ **Stadt Arnsberg** (Hg.) 2006: Das Zusammenleben in Arnsberg fördern. Integration in der Stadt Arnsberg. Bericht und Entwicklungen 2005. Arnsberg.
- ▶ **Stadt Arnsberg** (Hg.) 2006: Wohnungsmarktbericht 2006. Beiträge zur Stadtentwicklung. Info 26. Arnsberg.
- ▶ **Statistisches Bundesamt** (Hg.) 2006: Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Presseexemplar. Wiesbaden.
- ▶ **tetraeder.com** (Hg.) 2005: Modellprojekt MISS. Mehrsprachigkeit bei Internetangeboten zur Stadtentwicklung und Stadtplanung. Evaluationsbericht. Dortmund
- ▶ **Vogel, Hans-Josef** 2004: Integrationsmanagement in der Stadt Arnsberg. Vortrag auf der Fachtagung „Integrationsarbeit – effektiv gestalten“, Düsseldorf.
- ▶ **Zuwanderungskommission** 2001: Zuwanderung gestalten, Integration fördern. Bericht der Unabhängigen Kommission 'Zuwanderung', Unabhängige Kommission 'Zuwanderung', Berlin.

8.2 Webseiten

- ▶ <http://www.arnsberg.de>
- ▶ <http://www.bamf.de>
- ▶ <http://www.bosch-stiftung.de>
- ▶ <http://www.cor.europa.eu>
- ▶ <http://www.destatis.de>
- ▶ <http://www.dies-internationalis.de>
- ▶ <http://www.erfolgreiche-integration.de>
- ▶ <http://www.kgst.de>
- ▶ <http://wegweiserdemographie.de>

8.3 Interviews

- ▶ Alfes, Herr; Immobilienverwaltung Alfes
- ▶ Diehl, Martina; Meyer & Partner. Haus- und Grundstücksmakler
- ▶ Dräger-Möller, Bettina; Stadt Arnsberg, Stadtentwicklung und Wohnen
- ▶ Ersöz, Ahmed; ehem. Vorsitzender des türkischen Vereins Arnsberg
- ▶ Gerte, Guido; Stadt Arnsberg, Stadtentwicklung und Wohnen
- ▶ Glingener, Karin; Stadt Arnsberg, Referentin des Bürgermeisters



- ▶ Hahnwald, Erika; ehrenamtliche Bürgermeistern; Vorsitzende des Trägervereins des Kinder- und Jugendtreffs Arnsberg-Gierskämpfen
- ▶ Herbst, Nathalie; Kinder- und Jugendtreff Arnsberg-Gierskämpfen
- ▶ Josek, Peter; Stadt Arnsberg, Büro für Zuwanderung und Integration
- ▶ Kuczkowski von, Esther; Stadt Arnsberg, Referentin des Bürgermeisters
- ▶ Markwart, Ekatherina; Kultur- und Integrationszentrum Hoffnung e.V. (Moosfelde)
- ▶ Meyer, Wilhelm; Meyer & Partner. Haus- und Grundstücksmakler
- ▶ Röbbke, Michaela; Stadt Arnsberg, Stadtentwicklung und Wohnen
- ▶ Vogel, Hans-Josef; Bürgermeister der Stadt Arnsberg
- ▶ Unkrüer, Elvira; Stadt Arnsberg, Jugendtreff Arnsberg-Moosfelde